

Yvonne Wilke, M.A.
Hochschule Koblenz
Konrad-Zuse-Straße 1
56075 Koblenz
Email: wilke@hs-koblenz.de
Tel.: 0261/9528564

Themenfeld 1: Politik, Staat und Verwaltung

Die Wirkung des Deutschen Caritasverbandes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf politische Entscheidungsprozesse zu Frauenarmut

Wohlfahrtsverbände gelten als multifunktionale Organisationen, zu deren Aufgaben sozialpolitische Lobbyarbeit, die anwaltschaftliche Vertretung schwacher sozialer Interessen und das Angebot von sozialen Dienstleistungen gehören (Strünck 2018). Das Subsidiaritätsprinzip gewährt den Wohlfahrtsverbänden in Deutschland eine „herausragende Stellung“ im Bereich der sozialen Dienste (Heinz, Schmid und Strünck 1997) mit dem Ergebnis, dass sie dieses Handlungsfeld und seine Veränderungsprozesse mitgestalten konnten und heute als inkorporierte soziale Strukturen zu verstehen sind (Heinze 2016). Den deutschen Wohlfahrtsstaat prägen die Wohlfahrtsverbände maßgeblich mit (Heinze 2018). Die Mehrfachfunktion der Wohlfahrtsverbände bergen aber auch Interessenskonflikte: Als Vertreter ihrer Mitglieder und der Interessen sozial Benachteiligter und als Auftragnehmer öffentlicher sozialer Dienstleistungen treffen auf der politischen Ebene unter Umständen verschiedene Interessen aufeinander, die in Einklang gebracht werden müssen (Backhaus-Maul 2000; Zimmermann und Boeckh 2012).

In ihrer Rolle als Träger der Sozialen Arbeit setzen Wohlfahrtsverbände politische Entscheidungen um und können hierbei Gestaltungsspielräume nutzen, um sozialpolitische Gesetze der Realität vor Ort anzupassen (Benz und Rieger 2015). Des Weiteren versuchen sie durch Soziallobbying Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen (Zimmermann und Huster 2014).

In der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sind Reformen mit Bezug zur Armut von Frauen umgesetzt bzw. diskutiert worden, an deren Entscheidungsprozessen der Deutsche Caritasverband und der Paritätische Wohlfahrtsverband mitgewirkt haben, u.a. das Gesetz zur Mütterrente und das Unterhaltsvorschussgesetz für Alleinerziehende. Während soziale Dienste ihre Zielgruppe direkt über Dienstleistungen erreichen, ist die Wirkung der Sozialanwaltschaft aber nicht eindeutig zu definieren (Nagel 2016) und es stellt sich

die Frage, inwiefern die beiden Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege die schwachen Interessen von Frauen in Armutslagen gegenüber der Politik vertreten und welchen Einfluss sie auf Entscheidungen in der Politik nehmen können.

Im Rahmen eines Dissertationsprojektes wird dies unter der folgenden Forschungsfrage untersucht: Welche Instrumente nutzten der Deutsche Caritasverband und der Paritätische Wohlfahrtsverband in der 18. Legislaturperiode bei der politischen Interessenvertretung von Frauenarmut? Und welches Ziel verfolgten sie damit? Es wurden Interviews mit zwei Zielgruppen geführt: Bundestagsabgeordnete der vier Fraktionen¹, die in der 18. Legislaturperiode in ihrer Fraktion für sozialpolitische Fragestellungen zuständig waren und Vertreter*innen weiterer Sozial- und Frauenverbände. Im Rahmen der Dokumentenanalyse wurden u.a. Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Positionspapiere des Deutschen Caritas- und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ausgewertet.

Erste Ergebnisse der Expert*innen-Interviews und der Dokumentenanalyse liegen vor und zeigen, dass der Deutsche Caritasverband und der Paritätische Wohlfahrtsverband die Interessen von Frauenarmut sozialanwaltschaftlich vertreten, aber in der Regel im Kontext anderer armutspolitischer Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Es wird zudem deutlich, dass beide Verbände eine Vielzahl von Instrumenten zur Interessenvertretung einsetzen, diese in politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen aber unterschiedliche Wirkungen erzielen.

Zum Zeitpunkt der Tagung wird erwartet, dass sich finale Aussagen dazu treffen lassen inwiefern Wohlfahrtsverbände schwache Interessen gegenüber der Politik vertreten und welche Entscheidungen sie in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages mitgestalten konnten.

¹ Vertreten waren: CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke.